



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2019



Aktuelle Entwicklungen und Hintergründe

Aktuelle Entwicklungen und Hintergründe

- 1) Totalitäre Herrschaftssysteme setzen Religionsgemeinschaften verstärkt unter Druck
- 2) Nationalistische Regierungen und Gesellschaften brandmarken Christen als Anhänger einer „fremden Religion“
- 3) Ausbreitung des extremistischen Islam über den Nahen Osten nach Subsahara-Afrika
- 4) Wenige positive Entwicklungen

Vor fünf Jahren wurde allein mit Blick auf **Nordkorea** von „extremer Christenverfolgung“ gesprochen. Maßgeblich für diese Einordnung auf dem Weltverfolgungsindex ist eine entsprechend hohe Gesamtpunktzahl (81-100 von 100) in den Lebensbereichen, die Open Doors Jahr für Jahr zur Erstellung des Weltverfolgungsindex untersucht: Privatleben, Familienleben, Gesellschaftliches Leben, Leben im Staat, Kirchliches Leben sowie Auftreten von Gewalt. Nordkorea erreicht in allen, außer im Bereich Auftreten von Gewalt, die Maximalpunktzahl, insgesamt 94 von 100. Auf dem Weltverfolgungsindex 2019 erreichen bereits 11 Länder mehr als 80 Punkte.

Der Weltverfolgungsindex (WVI) mit den 50 Ländern, in denen Christen am härtesten verfolgt werden, zeigt seit etwa 2006 eine starke Zunahme der weltweiten Verfolgung von Christen; diese Tendenz hat sich ab 2012 weiter intensiviert. Parallel dazu hat der digitale Fortschritt die Möglichkeiten globaler Kommunikation merklich erweitert und damit konnte die Situation der Christen in mehreren Ländern besser dokumentiert werden, auch weil durch digitale Kommunikation mehr Quellen in diesen Ländern Berichte beitragen konnten. Durch die Zunahme der Christenverfolgung in mehr Ländern sowie vermehrt zugängliche Quellen dokumentiert Open Doors aktuell in 73 von 150 untersuchten Ländern, dass Christen dort stark verfolgt werden. Oft sind dies Länder, die im Bereich „Auftreten von Gewalt“ keine hohe Punktzahl aufweisen, dagegen aber eine deutliche Unterdrückung der Christen in ihrem privaten wie öffentlichen Glaubensleben. Dies weist auf größere strukturelle Einschränkungen hin sowie auf Diskriminierung und Feindseligkeit aus der Mitte der Gesellschaft.

1) Totalitäre Herrschaftssysteme setzen Religionsgemeinschaften verstärkt unter Druck

Zum 18. Mal in Folge belegt **Nordkorea** (1) den ersten Platz auf dem Weltverfolgungsindex. Hier herrscht das erdrückendste autoritäre Regime der Welt, für das jede Abweichung von der Verehrung des obersten politischen Führers als Verbrechen gilt.

Mittlerweile ist in vielen Teilen der Welt eine Entwicklung hin zu totalitären Herrschaftssystemen erkennbar. Die wachsende Verbreitung persönlicher digitaler Geräte macht es Regierungen dabei leicht, Menschen durch elektronische Chips oder Gesichtserkennung und ähnliche Software zu kategorisieren und zu überwachen bzw. aufzuspüren.

Am deutlichsten zeigt sich dieser Trend in **China** (27), wo am 1. Februar 2018 neue Vorschriften für religiöse Angelegenheiten in Kraft traten. Seitdem mussten im Rahmen des Verbots der religiösen Unterweisung für Kinder und Jugendliche christliche Kindergärten und Sonntagsschulen schließen; Sommerlager wurden abgesagt und Kirchen gezwungen, Minderjährigen per Verbotsschild den Zutritt zum Gottesdienst zu verwehren.

Im März 2018 wurde das Regierungsmandat von Präsident Xi Jinping auf unbestimmte Zeit verlängert. Seit Mao hatte kein chinesischer Politiker eine solche Machtposition inne. Mit Blick auf die Kirchen kündigte China auch seine „Richtlinie zur Förderung des chinesischen Christentums in China für die nächsten fünf Jahre“ (2018-2022) an.

Die Staatliche Verwaltung für religiöse Angelegenheiten wurde geschlossen. Ihre Funktion hat nun die Vereinigte Arbeitsfront der Kommunistischen Partei übernommen, die damit auch ethnische Angelegenheiten kontrolliert. Davon betroffen ist etwa das mehrheitlich muslimische Volk der Uiguren in Xinjiang einschließlich der dort lebenden Christen.

Ein Regierungsdokument stellt „Aktive Anleitung“ bereit, um die Religion „an die sozialistische Gesellschaft anzupassen“; sie muss der Kommunistischen Partei dienen. Mit der Auflage zur Sinisierung (Anpassung an chinesische Tradition) der Religion soll diese als Instrument der Stabilität genutzt werden – das gleiche Muster finden wir bei anderen autoritären Regierungen wie **Vietnam** (20) oder **Laos** (19). Letztendlich möchte Präsident Xi die Religion instrumentalisieren, um eine sozialistische Gesellschaft mit chinesischen Merkmalen frei von anderen Glaubenssystemen aufzubauen.

So wurden chinesische Kirchengemeinden unter Druck gesetzt, die Nationalflagge in der Kirche aufzuhängen – jedoch höher als das Kreuz – und vor Gottesdiensten die Nationalhymne zu singen. In einer Region wurden einige römisch-katholische Gemeinden angewiesen, Bilder von Jesus durch Bilder von Präsident Xi zu ersetzen.

Im September einigte sich der Vatikan schließlich mit der Regierung auf ein neues Prozedere zur Ernennung von Bischöfen: Dies geschieht künftig durch die chinesischen Behörden, der Papst hat lediglich Vetorecht. (Von Chinas geschätzten 12 Millionen Katholiken gehört die Hälfte zu den staatlich nicht genehmigten „Untergrundkirchen“.) Auf den Websites zweier staatlicher Einrichtungen, die 60 vom Vatikan und Peking anerkannte Bischöfe betreuen, ist ein Eid hinterlegt, mit dem unter anderem gelobt wird, sich an die Prinzipien der „Unabhängigkeit vom Vatikan“ zu halten. Derweil gelten andere katholische Priester weiterhin als „vermisst“. Im Oktober ließen die Behörden zwei beliebte katholische Pilgerstätten abreißen.

Kirchenversammlungen werden in mehreren Provinzen nach wie vor unterbrochen, insbesondere im ländlichen Henan in Zentralchina, wo etwa 60% aller Kirchen geschlossen wurden (drei der großen fünf „Hauskirchen“-Netzwerke begannen hier). In Zhejiang, an der Ostküste, wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Kirchenkreuze im Außenbereich abgerissen. Kreuze sind hier nicht vollständig verboten, allerdings haben die Behörden mittlerweile Auflagen für ihre zulässige Größe, Position und Farbe erlassen.

Kirchen der staatlich kontrollierten Drei-Selbst-Patriotischen-Bewegung sind am stärksten von den Vorschriften betroffen, zum Beispiel von der Pflicht zur Installation von Überwachungskameras. (Im September wurde Pekings größte Hauskirche, Zion – mit 1.500 Mitgliedern – geschlossen, weil sich die Verantwortlichen weigerten, auf die Gottesdienstbesucher gerichtete Überwachungskameras zu installieren. Als offizieller Grund für die Schließung wurde „illegale Treffen einer nicht autorisierten Kirchengruppe in einem nicht registrierten Gebäude“ angegeben.) Vermieter werden insgesamt unter Druck gesetzt, nicht mehr an Christen zu vermieten.

Die Religionsabteilungen der lokalen Regierungen sind befugt, über Registrierungsanträge sowie über die Zulassung von Veranstaltungsorten für religiöse Versammlungen zu entscheiden. Dadurch fällt die Umsetzung der Vorschriften unterschiedlich aus. Pastoren und Religionslehrer können angewiesen werden, sich alle paar Wochen bei ihrer örtlichen Polizeidienststelle zu melden. In manchen Fällen werden wegen „Übertretungen“ wie „unzureichende Brandschutzvorkehrungen“ unverhältnismäßige Strafen verhängt. Einige Christen werden verhaftet und verhört, aber oft noch am selben Tag freigelassen. Gelegentlich werden Kirchen komplett zerstört.

Die kürzliche Entfernung von Bibeln von Verkaufsplattformen des Online-Buchhandels bedeutet, dass sie nicht heruntergeladen oder verkauft werden können (sie dürfen jedoch gelesen werden). Bibeln sind offiziell nur in staatlich genehmigten, kirchlichen Verkaufsstellen erhältlich, inoffizielle Hauskirchen vertreiben sie jedoch weiterhin über ihre eigenen Kanäle.

In den Jahren 2017-2018 wurden Ausländer in verschiedenen Städten gezwungen, China zu verlassen, weil man sie missionarischer Aktivitäten verdächtigte und sie in einigen Fällen bei der Leitung von Hauskirchen halfen.

Die Weltöffentlichkeit wurde in letzter Zeit auf Umerziehungslager in der autonomen Region Xinjiang aufmerksam, in der Muslime vom Volk der Uiguren 45% der Bevölkerung ausmachen. Von den etwa 6.000 Christen mit muslimischem Hintergrund sind einige in solchen Lagern verschwunden und wurden seitdem nicht mehr gesehen.

Auch Christen in **Vietnam** (20) leiden unter ähnlichen totalitären Vorgehensweisen. Dort trat am 1. Januar 2018 das Gesetz über Glauben und Religion in Kraft. Es ist das erste Religionsgesetz seit der Wiedervereinigung Vietnams unter kommunistischer Herrschaft im Jahr 1975. Das Regime betrachtet Religion als gesellschaftliches Problem und potenzielle Bedrohung der nationalen Sicherheit. Es hat mit dem Ausschuss für religiöse Angelegenheiten eine umfangreiche Bürokratie aufgebaut, die eng ans Innenministerium angebunden ist.

Totalitäre Tendenzen sind auch in **Myanmar** (18) zu beobachten, wo sie sich mit Nationalismus verbinden. Der erste katholische Kardinal des Landes, Charles Bo, sagt: „Das Militär hat in Jahrzehnten des bewaffneten Konflikts die Religion zu einem Werkzeug der [ethnischen] Unterdrückung gemacht.“ Mehr als 100.000 Mitglieder des mehrheitlich christlichen Volksstammes der Karen leben in Flüchtlingslagern unmittelbar hinter der Grenze zu Thailand. Gleichzeitig wurden im mehrheitlich christlichen Kachin-Staat Tausende getötet und mindestens 120.000 Menschen vertrieben. Vor kurzem erklärte die United Wa State Army (UWSA), die größte ethnische Miliz in Myanmar – mit Unterstützung durch das benachbarte China – dass fast alle Kirchen, die nach dem Zusammenbruch der Kommunistischen Partei 1989 gebaut wurden, zerstört werden müssten. Neue Kirchenbauten werden nicht genehmigt. Alle Gemeinden, Missionare, Lehrer und Geistlichen müssten überprüft, der Einsatz ausländischer Mitarbeiter verboten und alle Unterstützer missionarischer Aktivitäten bestraft werden.

2) Nationalistische Regierungen und Gesellschaften brandmarken Christen als Anhänger einer „fremden Religion“

In immer mehr Ländern verschärft sich der Nationalismus zu einem Ultranationalismus, der nicht nur gesetzestreue Minderheitengruppen als Bedrohung betrachtet, sondern auch Minderheiten mit Gewalt zwingt, ihre Identität aufzugeben oder gar das Land zu verlassen. Wo Christen in der Minderheit sind – vielleicht aufgrund einer kolonialen Vergangenheit –, werden sie sowohl von der Regierung als auch von der Gesellschaft zunehmend als „westlich“ und „fremd“ gebrandmarkt.

Oftmals sind Gesetze so konzipiert, dass sie einer ultra-nationalistischen Agenda Vorschub leisten. So treibt die von der hindunationalistischen BJP geführte Regierung in **Indien** (10) zunehmend ihre religiös-nationalistische Agenda voran, der zufolge nur ein Hindu ein wahrer Inder sein kann. Acht von 29 Bundesstaaten haben „Anti-Bekehrungs-Gesetze“ erlassen. Sie verpflichten unter anderem jeden, der seine Religion wechseln möchte, die lokalen Behörden einen Monat im Voraus zu informieren und sich einer Befragung zu stellen. (Zwei Staaten haben das Gesetz bislang nicht umgesetzt).

Auf christlicher Basis geführte Einrichtungen wie z.B. Schulen, Krankenhäuser, Waisenhäuser und Wohltätigkeitsorganisationen und selbst Kirchen werden als „ausländisch“ stigmatisiert und dadurch zum Ziel von Angriffen. Viele werden mit Hilfe neuer oder überarbeiteter Gesetze geschlossen. Dies geschieht in zahlreichen Ländern, verstärkt jedoch in Indien. In einem Haus der „Missionarinnen der Nächstenliebe“ (gegründet von Mutter Teresa) wurden im vergangenen Jahr eine Nonne und ein Mitarbeiter des Kinderhandels beschuldigt; daraufhin wurden sämtliche von der Organisation geleiteten Kinderheime einer Inspektion unterzogen.

Seit dem Amtsantritt von Narendra Modi im Mai 2014 ist die Verfolgung von Christen dramatisch gestiegen. Die gewalttätigen Vorfälle nehmen Jahr für Jahr zu, vor allem weil Regierungsbehörden wie Polizei und lokale Beamte häufig untätig bleiben, insbesondere wenn ein Mob beteiligt ist. Militante Hindus haben es auf Leiter von Kirchengemeinden abgesehen, schlagen sie zusammen und versuchen, sie aus ihren Dörfern zu vertreiben. Bei den jüngsten Entwicklungen werden nicht nur Kirchenleiter bedroht, sondern auch ihre Frauen und sogar kleine Kinder; dabei kommt es immer wieder zu Vergewaltigungen. Darin spiegelt sich ein weiterer globaler Trend wider: Gezielte Angriffe auf Frauen und Kinder sind immer häufiger Teil der Verfolgungsdynamik.

Militante Hindus sehen die Christen als Bedrohung für die Nation, weil sie zahlenmäßig wachsen und in den Stammesgebieten stark vertreten sind. Das uralte Kastensystem ist eine wesentliche Grundlage für die weit verbreitete Diskriminierung. Das betrifft Christen in ganz Indien, weil die meisten Konvertiten zum Christentum aus den unteren Kasten und der am tiefsten stehenden Gruppe der „Unberührbaren“ (Dalits) kommen.

Im letzten Jahr wurden allein bei dokumentierten Vorfällen mindestens 12.500 Christen und etwa 100 Kirchen angegriffen. Mindestens 200 Menschen wurden wegen ihres Glaubens verhaftet, und mindestens 10 wurden getötet. Viele Vorfälle werden jedoch nicht dokumentiert, die tatsächlichen Zahlen dürften also viel höher liegen.

Auch in Nachbarländern wie **Nepal** (32) und **Bhutan** (33), in denen Hindus und Buddhisten die Bevölkerungsmehrheit stellen, haben Appelle an die national-religiöse Identität Konjunktur. Viele politische und religiöse Führer sehen darin offenbar ein probates Mittel, um die eigene Machtposition zu stärken; insbesondere in ländlichen Regionen. Auch der Präsident der **Türkei** (26), Recep Tayyip Erdogan, schürt bereits seit einiger Zeit die ultra-nationalistische Stimmung. Der Fall des amerikanischen Pastors Andrew Brunson machte entsprechend Schlagzeilen. Insbesondere Christen außerhalb der historischen armenischen und griechischen Kirche müssen vorsichtig sein.

3) Ausbreitung des extremistischen Islam über den Nahen Osten nach Subsahara-Afrika

Der aktuelle Weltverfolgungsindex macht noch eine dritte auffällige Tendenz deutlich. Die gewalttätigen Ausschreitungen des IS und anderer gewaltbereiter Islamisten im **Nahen Osten** füllen nicht mehr die Schlagzeilen. Ihre Gebietsverluste dort haben jedoch dazu geführt, dass sich ehemalige IS-Kämpfer in weiteren Ländern der Region, aber auch zunehmend in Asien und in Afrika südlich der Sahara ausgebreitet haben. Ihre radikale Ideologie hat zahlreiche Splittergruppen inspiriert oder infiltriert, wie z.B. den „Islamischen Staat der Provinz Westafrika“ (ISWAP). Diese todbringende Gruppe hat sich zwar offiziell von Nigerias Boko Haram gelöst, verklart aber ebenfalls christliche Frauen und Mädchen als Teil ihrer Strategie.

Seit 2017 haben islamisch-militante Gruppen auch in **Ägypten, Somalia, Libyen** und dem **Jemen** an Stärke gewonnen, wo sie weiterhin rekrutieren und Gebiete erobern.

In **Ägypten** (16), das den größten christlichen Bevölkerungsanteil aller Länder im Nahen Osten aufweist (etwa 10% der 100 Millionen Einwohner), droht der „Islamische Staat im Sinai“ den Christen weiterhin mit ihrer Auslöschung. Mehrere der lokalen Kirchen wurden mit gezielten Morden an angesehenen lokalen Christen wie Ärzten terrorisiert. Andere islamistische Gruppen bombardierten Kirchen (so beispielsweise kurz vor Weihnachten 2017) und verübten auf derselben Straße zweimal innerhalb von 18 Monaten Morde an christlichen Pilgern. Die Bitten der Christen um mehr Schutz treffen bei der Regierung weitgehend auf taube Ohren, obwohl einige der Mörder und Angreifer verurteilt wurden.

In **Somalia** (3) hat ein mehr als 200 Mann starker IS-Ableger aus Syrien und dem Irak geflohene Kämpfer rekrutiert. Die Gruppe wird verstärkt durch somalische Islamisten, die vormals der Al Shabaab angehörten; auch diese Miliz ist weiterhin aktiv. Die neu formierte Gruppe hat sich für Somalia entschieden, weil es dort keine zentrale Regierung gibt: „Für sie ist das eine gute Möglichkeit, ihr Streben nach der Errichtung eines islamischen Staates oder zumindest ihre Ideologie ungehindert voranzutreiben“, erläuterte der katholische Bischof von Mogadischu. Unter den 10 Millionen Einwohnern Somalias sind nur einige hundert Christen. Der ausgeprägte Stammescharakter der somalischen Gesellschaft macht es christlichen Konvertiten nahezu unmöglich, ihren neuen Glauben vor Familie und Freunden geheim zu halten. Werden sie entdeckt, droht ihre Ermordung.

Als „gescheiterter“ Staat ohne einheitliche Regierung ist **Libyen** (4) nach wie vor ein lebensgefährliches Umfeld, vor allem für afrikanische Migranten aus den Subsahara-Ländern. Unter ihnen sind viele Christen, die dort aufgrund der strengeren europäischen Migrationskontrollen quasi in der Falle sitzen. Vertrauenswürdige Quellen (die anonym bleiben müssen) berichten, dass mindestens 10 Christen allein wegen ihres Glaubens getötet wurden. 2015 hat der IS 21 Christen (davon 20 Kopten) an Libyens Küste enthauptet.

Der **Jemen** (8), am Schnittpunkt von Afrika, dem Nahen Osten und Asien, ist mit 26 Millionen Menschen die ärmste Nation der arabischen Welt. Dort ist die Scharia Gesetz. Der Kampf zwischen den vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen und Regierungstruppen, die von einer Militärkoalition unter der Führung Saudi-Arabiens unterstützt werden, ist ein „Stellvertreterkrieg“. Er ermöglicht es militanten islamischen Gruppen wie dem IS und Al Kaida, auf der Arabischen Halbinsel bedeutenden Einfluss zu gewinnen. Die meisten christlichen Gastarbeiter und Migranten haben das Land verlassen und damit auch die kleine aber wachsende Gemeinschaft einheimischer Christen mit muslimischem Hintergrund. Experten weisen jedoch darauf hin, dass der Krieg diese Gemeinde nicht wie erwartet zerstreut hat. Während dem Land eine Hungersnot droht, dienen die Christen trotz extremer Gefahr der Gesellschaft.

Von den Ländern, die ein hohes Maß an Verfolgung aufweisen (mindestens 41 Punkte), aber nicht unter die 50 Länder des Weltverfolgungsindex fallen, liegen 18 von 23 in Afrika südlich der Sahara: die **Komoren** (Platz 51) **Dschibuti** (53), die **Demokratische Republik Kongo (DRK / 54)**, **Kamerun** (56), **Tansania** (57), **Niger** (58), der **Tschad** (60), **Burkina Faso** (61), **Uganda** (62), **Guinea** (63), **Südsudan** (64) **Mosambik** (65), **Gambia** (66), die **Elfenbeinküste** (67), **Burundi** (68), **Angola** (69), **Togo** (70) und **Ruanda** (73).

Subsahara-Afrika stellt eines der größten Sicherheitsprobleme der Welt dar. In der Region treffen eine schwache Regierungsführung, Armut und der islamische Extremismus zunehmend aufeinander. Hinzu kommen politische Instabilität, Korruption und Arbeitslosigkeit. All das trägt zur Verfolgung der Christen bei, weil Regierungen entweder ineffektiv sind oder aufgrund ethnischer, Stammes- oder politischer Zugehörigkeiten manchmal aktiv an der Verfolgung beteiligt sind.

Das durch den Zusammenbruch Libyens entstandene Chaos führte dazu, dass viele Waffen in die Region gelangten. Dies wiederum hat den – für kriminelle Banden – lukrativen Menschenhandel mit Migranten aus Subsahara-Ländern verstärkt, von denen viele Christen sind. Kartelle der organisierten Kriminalität und der Drogenhändler agieren mit immer ausgefeilteren Methoden in diesen Ländern. Insbesondere junge Männer kehren ihrer Heimat auf der Suche nach einem besseren Leben den Rücken. Dabei wird ihnen dort eine bessere Ausbildung geboten als je zuvor, angesichts korrupter politischer und sozialer Eliten mangelt es jedoch an Arbeitsplätzen sowie wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt.

Fast 30 gewalttätige islamistische Gruppen sind in der Region aktiv: Die meisten von ihnen verüben Gewalttaten in mehreren Ländern. Einige von ihnen halten in Mali, Burkina Faso und anderen Ländern weiterhin ausländische christliche Entwicklungshelfer als Geiseln fest. An Nigerias Boko Haram zeigt sich, wie Gewalt sich übergangslos von der Sahelzone über das Tschadseebecken ausbreitet und zu Angriffen in vier Ländern führt.

Der islamische Extremismus überlagert regionale und lokale Konflikte und führt dazu, dass weiterhin afrikanische Christen im Nordosten **Kenias** (40), in der **Zentralafrikanischen Republik** (21) sowie in **Nord- und Zentralnigeria** (12) ermordet werden.

Unterdessen führt Boko Haram seine tödlichen Angriffe fort - sogar gegen Muslime, die für das Rote Kreuz arbeiten. Damit wird die Behauptung der nigerianischen Armee widerlegt, Boko Haram sei besiegt. Insgesamt hat die Intensität der Christenverfolgung durch diese islamistische Gruppe gegenüber den letzten Jahren etwas abgenommen.

In den 12 Scharia-Staaten im Norden Nigerias berichten die Christen jedoch weiterhin, dass ihnen verfassungsgemäße Rechte, Möglichkeiten, Versorgung sowie Schutz verweigert, Muslimen jedoch gewährt werden. Zu den Verstößen gehören Schwierigkeiten beim Zugang zu Bildung und zu Arbeitsplätzen beispielsweise in den Sicherheitsbehörden und in vielen anderen Sektoren.

In Zentralnigeria haben jahrzehntelanger Klimawandel und schleichende Wüstenbildung bei gleichzeitig schnellem Bevölkerungswachstum fruchtbares Land und Ressourcen knapp werden lassen. Vor diesem Hintergrund haben in dem seit vielen Jahren religiös aufgeladenen Spannungsfeld nomadische, überwiegend muslimische Fulani-Hirten zahlreiche Überfälle gegen die mehrheitlich christlichen Dörfer verübt. Derartige Angriffe haben wesentlich dazu beigetragen, dass in Nigeria weitaus mehr Christen um ihres Glaubens willen ermordet wurden (3.173) als in allen anderen Ländern des Weltverfolgungsindex zusammen (4.136 dokumentierte Fälle).

Würde Nigeria hinsichtlich Verfolgung von Christen allein nach „Auftreten von Gewalt“ beurteilt (mit Maximalpunktzahl 16,7), würde es dieses Jahr mit Pakistan den ersten Platz belegen.

Eine Zunahme des Einsatzes von AK-47 und schwereren Waffen sowie die Ermordung ganzer Familien in ihren Häusern – wie z.B. in den Außenbezirken von Jos im Oktober 2018 – hat viele Christen dazu gebracht, solche Angriffe als ethnisch-religiöse Säuberung zu bezeichnen. Diese Einschätzung wird allerdings durch Regierungsberichte zu diesen Vorfällen nicht unterstützt, in denen oft niedrigere Opferzahlen angegeben werden. So wurden beispielsweise an einem Wochenende im Juni etwa 230 Menschen getötet, die BBC und andere Nachrichtenagenturen zitierten jedoch die offizielle Zahl von 86 und prägten so eine verzerrte internationale Sichtweise auf den Konflikt.

Im ersten Quartal 2018, dem jüngsten, für das vollständige Zahlen vorliegen, wurden 1.061 Todesfälle bei 106 Angriffen der Fulani-Hirten auf Gemeinden in den Bundesstaaten Adamawa, Benue, Süd-Kaduna, Kogi, Nasarawa, Plateau und Taraba dokumentiert. Weitere 17 Menschen kamen bei Angriffen im Süden Nigerias ums Leben.

Nigerias Präsident Muhammadu Buhari traf im April den Erzbischof von Canterbury in London. Dabei beklagte er, ausländische Kämpfer aus Libyen seien über die Sahara gekommen, um den lang anhaltenden Konflikt zwischen Bauern und Hirten weiter zu verschärfen. Experten gehen davon aus, dass durch die Angriffe der Fulani-Viehhirten mehr Menschen getötet wurden als durch Boko Haram.

Laut dem Afrika-Analysten des Weltverfolgungsindex 2019 instrumentalisieren islamistische Milizen bestehende Konflikte, indem sie Allianzen mit Betonung der religiösen Identität schmieden. So wollen sie ihre eigene Machtbasis stärken. Einige Anzeichen sprechen dafür, dass dies in einer Reihe von Ländern geschehen könnte, in denen die Verfolgung von Christen bereits auf einem hohen Niveau ist. Dazu gehören die **Demokratische Republik Kongo (DRK)** (54) – ein ohnehin schon komplexer Konflikt mit zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Faktoren – **Burkina Faso** (61) und das nördliche **Mosambik** (65).

4) Wenige positive Entwicklungen

Pakistan

Vor dem höchsten Gericht Pakistans fand im Oktober 2018 der Berufungsprozess der zum Tod verurteilten Christin Asia Bibi statt, geleitet vom obersten Richter des Landes, Mian Saqib Nisar. Er löste damit trotz großer Gefahr für das eigene Leben sein zuvor gemachtes Versprechen ein, bevor er Anfang 2019 in den Ruhestand gehen wird. Nisar und seine beiden Richterkollegen entschieden auf Freispruch mit der Begründung, Asia Bibis Ankläger hätten gelogen und die Verurteilung wegen Blasphemie, wegen der sie acht Jahre in der Todeszelle einsaß, habe auf falschen Anschuldigungen beruht. Das bahnbrechende Urteil wurde jedoch durch tagelange Massenproteste und Unruhen in ganz Pakistan durch islamische Hardliner angefochten, die zur Ermordung der Richter und Asia Bibis aufriefen. Während Asia Bibi rechtlich gesehen frei ist, muss sie weiterhin um ihr Leben bangen. Bis zum Jahresende 2018 konnte sie Pakistan nicht verlassen, um Asyl in einem Land zu finden, wo sie mit ihrer Familie sicher leben kann.

Ägypten

Ein Gesetz aus dem Jahr 2016 hat erstmals die Registrierung bis dahin illegaler Kirchengebäude (weil ihnen die Registrierung von behördlicher Seite verweigert wurde) ermöglicht. Seitdem wurden 3.700 entsprechende Anträge eingereicht, von denen bis Oktober 2018 340 oder 9% positiv beschieden wurden. Bei dieser Geschwindigkeit wird es jedoch 12 Jahre dauern, bis alle Registrierungen abgeschlossen sind.